



Militarischer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1.60 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertriebe monatlich 1.76 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Postkonto Nr. 59 bei der Oberamtspoststelle Rottenburg am Neckar. — Bankkonto: Enztalbank Oberer & Co. Wildbad. — Verleger: Hermann Grottel, Wildbad. — Druck: Grottel & Co. Wildbad. — Abonnementpreis: Die einjährige Zeitbestellung oder deren Äquivalent im Voraus 15 RM., a. d. H. 20 RM. — Rückzahlung 50 Pf. — Abbestellung nach Tarif. Für Offerten und bei Anzeigenverteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Anzeigenstellen oder wenn gerufen: Bestellungen an den Verlag. — Adressen: 1802 1878 Postfachnummer 270.

Verlag und Schriftleitung: Theodor Grottel, Wildbad, Wildbadstraße 16, Telefon Nr. 479. — Druck: Hermann Grottel.

Die Arbeitsdienstpflicht

In der Sitzung des Reichskabinetts vom 24. September wurde u. a. die Einführung der Arbeitsdienstpflicht für Wohlfahrtsunterstützte in Deutschland zur Sprache gebracht als eines der Mittel, durch die der Arbeitslosigkeit gesteuert und die Aufwendung dafür vermindert werden soll. Es dürfte daher von Interesse sein, zu erfahren, welche Erfahrungen man mit der Arbeitsdienstpflicht in Bulgarien gemacht hat.

Bulgarien ist bis jetzt das einzige Land, das eine Arbeitsdienstpflicht hat, der jeder Staatsbürger unterliegt. Die Einrichtung, die zuerst selbst im eigenen Land auf heftigen Widerstand stieß, vom Ausland als verkappte Militärdienstpflicht beargwöhnt wurde, eine Zeitlang sogar des Geneser Arbeitsamt beschäftigte, nämlich ob es sich hierbei um die unzulässige „Zwangsarbeit“ oder die zulässige „Pflichtarbeit“ handelte, hat sich inzwischen auf der ganzen Linie durchgesetzt.

Ursprünglich bestand in Bulgarien nur eine Wege-dienstpflicht, bei der jeder Staatsbürger verpflichtet war, für kurze Zeit am Landstraßenbau mitzuarbeiten. In Wirklichkeit aber dachte niemand mehr daran, da man sich durchweg alljährlich mit einer kleinen Summe Loskaufes, so daß aus der Dienstpflicht vielmehr eine regelrechte Steuer entstanden war.

Nach dem Krieg, als durch Friedensvertrag die allgemeine Militärdienstpflicht aufgehoben war, führte im Jahr 1920 der damalige Bauernführer und Ministerpräsident Stamboliski die allgemeine Arbeitsdienstpflicht ein. Praktisch angewandt wird die Arbeitsdienstpflicht besonders auf dem Gebiet der Wohlfahrtsbauten, in erster Linie Wegebau, Eisenbahnbauten, Kanäle, Wasserleitungen, Planierungen, Flussregulierungen, Telegraphen-, Telephonanlagen, Gebäudebau, Aufforstungen, Abholzungen, Landarbeiten, kurz für alle Arbeiten, die der Staat auszuführen hat. Es bestehen auch sogenannte Wirtschaftsbetriebe und Werkstätten, in denen die Kleidung und sonstiges für die Arbeitsdienstpflichtigen selbst Benötigtes hergestellt wird. U. a. werden jetzt die großen Entwässerungsarbeiten an der Donau-Niederung von Tausenden von Arbeitsdienstpflichtigen ausgeführt. Auch nach dem großen Erdbeben wurden sofort Aufräumungs- und Aufbauarbeiten kommandiert. Durch sie verfügt der Staat ständig über billige Arbeitskräfte. Ohne die Arbeitsdienstpflicht würde es in Bulgarien in bezug auf hygienische, soziale und Wohlfahrtsbauten schlimm aussehen. Denn das Land sah sich nach Friedensschluß vor die schwere Aufgabe gestellt, ohne Mittel an die innere Wiederherstellung zu gehen, ohne die der notwendige wirtschaftliche Wiederaufbau nicht möglich war. Für Bulgarien war der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht nicht nur ein Ausweg, sondern eine Rettung.

Allerdings zeigte sich das nicht gleich. In den ersten Jahren arbeitete die Dienstpflicht mit starken Zuschüssen. Inzwischen aber ist alles so organisiert und rationalisiert, daß die Dienstpflicht als aktiver Posten im Staatshaushalt gebucht wird, der dem Staatshaushalt einen jährlichen sicheren Gewinn von über 300 Millionen Lema (9,15 Millionen Mark) bringt. Hierbei ist aber zu erwähnen, daß die Arbeitsdienstpflicht aus Sparankheitsgründen tatsächlich nur acht Monate, während der warmen Jahreszeit im Gang ist, um unnötige Kosten für Heizung u. a. und Ruhepausen wegen schlechter Witterung zu vermeiden. Außerdem werden die einzelnen Arbeitsgruppen möglichst zusammengezogen, was sich als vorteilhafter erwiesen hat. Im Lauf der Jahre konnte auch die Arbeitsleistung des einzelnen trotz des ständigen Wechsels infolge der besseren Führung und Leitung erhöht werden.

Die Arbeitsdienstpflicht zerfällt in zwei Gruppen: in die ordentliche und in die zeitweise. Die ordentliche Arbeitsdienstpflicht ruft alle Bürger vom 20. bis zum 40. Lebensjahre einmalig für die Dauer von 6—8 Monaten zur unentgeltlichen Arbeitsleistung auf, die zeitweise Arbeitsdienstpflicht ruft dieselben Bürger zu weiterer alljährlich zehntägiger Dienstleistung auf. Die ordentliche Arbeitsdienstpflicht wird von einer dem Innenministerium unterstellten Direktion geleitet, die zeitweise auf Anweisung der Direktion durch die Gemeinden. Die besseren Ergebnisse hat naturgemäß die ordentliche Arbeitsdienstpflicht ergeben, weil hier die Arbeitskräfte nicht so schnell wechseln und auch der einzelne, oft ungeübte, Zeit hat, sich einzuarbeiten. Während die ordentliche Arbeitsdienstpflicht ihre Arbeitskräfte über das ganze Land verteilt, da, wo sie gerade am nötigsten sind, dürfen die von der zeitweisen Arbeitsdienstpflicht Einberufenen die Arbeit nur innerhalb der Gemeinde verrichten, in der sie wohnen und die sie eingestellt hat. Die ordentliche Arbeitsdienstpflicht ist also der Dienst für den Staat, und die zeitweise Arbeitsdienstpflicht der Dienst für die Gemeinden.

Jedenfalls beansprucht die Arbeitsdienstpflicht, so wie sie heute in Bulgarien ausgeübt wird, den Bürger weit weniger als ehemals die Militärdienstpflicht, zieht ihn dafür aber öfter zum Dienst heran.

Tagespiegel

Der Deutsche Städtetag bezieht in diesen Tagen auf seiner Tagung in Dresden die Feier des 25jährigen Bestehens.

Die Völkerverbundversammlung hat u. a. Prof. Walter Schilling mit 34 von 52 Stimmen zum Mitglied des Haager Schiedsgerichtshofs gewählt.

Aus Kattowitz und Prag werden neue deutschfeindliche Kundgebungen der Polen und Tschechen gegen die Deutschen und die Juden gemeldet. Der deutsche Gesandte Dr. Koch in Prag hat bei der tschechoslowakischen Regierung Vorstellungen erhoben.

Der schlesische Sejm ist vom polnischen Staatspräsidenten aufgelöst worden. Der polnische Oppositionsführer Kosciuszko wurde in Kattowitz verhaftet.

Zum Präsidenten der Bank von Frankreich an Stelle des zurückgetretenen Moreau wurde der bisherige Vizepräsident Moret ernannt.

Der bisherige Ministerpräsident Ismet Pascha ist wieder mit der Bildung des türkischen Kabinetts beauftragt worden.

Allerdings liegen in Bulgarien die Verhältnisse so, daß nur etwa die Hälfte aller verfügbaren Arbeitsdienstpflichtigen tatsächlich zur Arbeit herangezogen wird, da eben der Bedarf nicht größer ist. Wer in das Heer eintritt, ist von der Arbeitsdienstpflicht befreit, ferner gibt es Dispenserungen aus Familien- und Gesundheitsrückichten. Studierenden wird die Arbeitsdienstpflicht aufgehoben, und endlich kann man sich auch von der Dienstpflicht Loskaufen, allerdings nur mit einer größeren Summe. Diese letztere Bestimmung wurde nach langem Zögern getroffen, um der Direktion neue Einnahmequellen zu verschaffen. Anzuerkennen ist hierbei, daß die Preissumme zwischen einer höchsten und einer niedrigsten Schwankt, um jeweilig die materiellen Verhältnisse und die Beweggründe des Antragstellers in Betracht ziehen zu können.

Man könnte nun einwenden, daß eine so billige und ausreichende Arbeitskraft für den Staat die Arbeitslosigkeit im Land wesentlich erhöhen müsse, da eben andere Arbeiter zur Ausführung von Staatsarbeiten kaum noch herangezogen werden brauchen. Im Gegenteil. Bulgarien brauchte ja, als es noch seine Militärdienstpflicht besaß, hierfür selbstverständlich viel mehr Menschen und vor allem auf viel längere Zeit. Es sind also im Vergleich zu früher immer noch viel mehr Arbeitskräfte frei. Da aber der Militärdienst weggefallen ist, bedeutet die Arbeitsdienstpflicht einfach ein gewisses Gegengewicht, eine Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit, ohne daß darum der Staat unproduktive Geister in Form von Arbeitslosenunterstützung auszuwerfen brauchte. Andernteils würde der Staat gar nicht alle die vielen Aufbauarbeiten unternehmen können, wenn er nicht billige Arbeitskräfte zur Hand hätte.

Durch die Arbeitsdienstpflicht lernt das junge Geschlecht Gehorsam, Zucht, Einordnung in die Gesamtheit und Verzicht zum Wohl der Allgemeinheit. Dem einzelnen wird eingepreßt, daß er nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten als Staatsbürger hat, und daß jeder dazu beitragen muß, dem Lande Ordnung und Fortschritt zu bringen. Und so mancher lernt dort zum erstenmal, was tatsächliche Arbeit heißt. Aber vor allem ist es die Disziplin, die dem jungen Volk (gerade dem in der Kriegszeit ohne Vaterband Aufgewachsenen) eingepreßt wird, der Gedanke, dem Vaterland Dienste zu erweisen, in welcher Art sie auch immer gefordert werden, und das Bemühen, Hilfe leisten zu müssen, wo sie nur immer nötig ist, ohne eigener Gefahr zu achten.

Neue Nachrichten

Der Reformplan

Berlin, 26. September. Die Erwartung, daß das Reichskabinett mit der Beratung des Reformplans am Donnerstag zu Ende kommen könne, hat sich nicht erfüllt. Im Kabinett bestehen über verschiedene Punkte Meinungsverschiedenheiten, die noch nicht überwunden sind. Der Reichskanzler mußte daher seinen Besuch des Deutschen Städtetags in Dresden absagen. Unter den Entwürfen befindet sich auch die vom Reichsfinanzminister Dietrich in seiner Kartlsruher Bahrede angekündigte stärkere Heranziehung der Hauszinssteuer für die Reichskasse unter entsprechender Verminderung der Zuwendungen für den Wohnungsbau. Nur so könne an eine Senkung der Realsteuern gedacht werden. Auch die schon von Moldenbauer geplante Aufhebung der Wohnsteuerückerstattung soll wieder aufgenommen werden. Von dem Abbauder Gehälter der Reichsbeamten erwartet der Reichsarbeitsminister Stegerwald, daß er eine moralische Grundlage für den Abbau der Löhne und damit einer

Senkung der Warenpreise abgeben könne. Die Beamtengehälter der Länder werden dadurch vorerst nicht betroffen, da die Gehaltsregelung nach der Verfassung Sache der Länder ist und ein Reichstagsbeschluss, der auch die Länder einbeziehen wollte, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich machen würde, die aber im Reichstag nicht zu erreichen wäre. Der württembergische Finanzminister Dr. Dehlinger hat aber bereits darauf hingewiesen, daß der Vorgang des Reichs in bezug auf den Gehaltsabbau von selbst auch auf die Länder rückwirken werde. Neu ist nach der Voranschlag, daß für die Wohlfahrtsunterstützten der Gemeinden die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden soll, da die steigenden Fürsorgekosten von den Gemeinden nicht mehr getragen werden können und daher ein Ausgleich geschaffen werden müsse. Neue Steuern und Steuererhöhungen sollen, wenn möglich, vermieden, die Vermögenssteuer für kleine Vermögen vielmehr durch Erhöhung der Freigrenze abgebaut werden.

Die Regierungskrise in Oesterreich

Wien, 26. Sept. Der Rücktritt des Kabinetts Schöber hat nach den Spannungen der letzten Tage nicht mehr überrascht. Der frühere Bundeskanzler Dr. Seipel, der in Oslo (Norwegen) Vorträge halten wollte, wurde von dort telegraphisch nach Wien berufen, um die Verhandlungen über die Neubildung des Kabinetts zu führen. Ob der bisherige Vizekanzler und Heeresminister Baugou, der Obmann der Christlich-sozialen Partei ist, die Neubildung übernehmen soll, ist noch fraglich. Die Geschäfte wird einstweilen das Kabinett Schöber weiterführen. Es wird davon gesprochen, daß noch in diesem Herbst eine Wahl in stattfinden sollen.

Der „eiserne Fonds“ Stalins

London, 26. Sept. Der diplomatische Mitarbeiter der „Daily Mail“ meldet, vor kurzem sei in einer großen Bank Berlins im Namen eines führenden russischen Bolschewisten ein großes Aktienstück hinterlegt worden. Dieses Aktienstück, das erst nach dem Tod des Hirtenerlers oder bei seinem Verschwinden aus Rußland geöffnet werden dürfe, enthalte angeblich unwiderlegbare Beweise für Stalins doppelte Rolle in der kommunistischen Sache und für die Unterschlagung großer Staatsmittel. Stalin habe seit mehreren Jahren große Beträge, die durch den Verkauf von Sowjetwaren und „beschlagnahmen“ in Rußland im Ausland erzielt worden seien, einem besonderen Konto, das als „eiserne Fonds“ bekannt sei, überweisen lassen. Dieses Konto solle unangetastet bleiben, solange die Bolschewisten am Ruder seien, und dürfe nur angerührt werden, um eine erfolgreiche Gegenrevolution in Rußland zu bekämpfen. In Großbritannien im Namen der Vertrauten Stalins hinterlegt worden, von denen die Mehrzahl jetzt die früheren Bolschewisten auf den Regierungsposten erhebt habe. Das Vorhandensein des Fonds sei allen Bolschewisten im Politischen Büro bekannt.

Berurteilung des früheren sowjetrussischen Attaches in Stockholm

Moskau, 26. Sept. Das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofs der Sowjetunion hat den ehemaligen Militär- und Marineattaché der Sowjetgeandtschaft in Schweden, der 1191 Dollar Staatsgelder unterschlagen und die Rückkehr nach Sowjetrußland verweigert hatte, wegen Hochverrats für außerhalb des Gesetzes stehend erklärt und die Einziehung seines Eigentums angeordnet.

Rücktritt des türkischen Kabinetts

Angora, 26. Sept. Ministerpräsident Ismet Pascha überreichte heute dem Präsidenten der Republik Kemal Pascha das Rücktrittsgesuch des Kabinetts, das vom Präsidenten angenommen wurde. Der Pascha hat den Präsidenten der Kammer und die Parteiführer empfangen.

Die Kammer hat das Gesetz über die Aufrechterhaltung der türkischen Währung angenommen. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, neue Banknoten in Umlauf zu setzen, die dadurch gedeckt werden müssen, daß die Regierung Gold oder fremde Devisen kauft, die zum Nennbetrage in Gold einlösbar sind. Die Devisen werden in der die Banknoten ausgebenden Depositenbank aufbewahrt und nur im Fall eines Rückkaufes und der Vernichtung der Banknoten verwendet werden. Die neuen Banknoten sind gesetzliches Zahlungsmittel. Der Betrag der in Umlauf gebrachten Banknoten und die Höhe der Devisen müssen öffentlich vom Finanzminister veröffentlicht werden.

Der gefeierte Hearst

Newyork, 26. Sept. Randolph Hearst, der bei seiner Rückkehr aus Europa, von dem Newyorker Empfangsausschuß unter Führung der beiden Bundesatoren begrüßt und wegen seiner Ausweisung aus Frankreich besonders herzlich gefeiert wurde, ist von der Stadtverwaltung Chicago zu einer Feier eingeladen worden, bei der ihm auf Beschluß des Magistrats wegen seiner patriotischen Tat,



die der Anlaß zu seiner Ausweisung war, der Dank der Bevölkerung ausgesprochen worden werden soll. Die Stadtverwaltungen von Boston (Massachusetts) und Oakland (Kalifornien) haben ähnliche Feiern für Hearst in Aussicht genommen.

Die Ulmer Reichswehroffiziere vor dem Reichsgericht

Vorsitzender: Sie geraten in das Fahrwasser eines Propagandaredners.

Hitler: Natürlich wird die politische Bewegung, die die Macht dem Staat mit legalen Mitteln erobern will, an die Spitze ihres Programms den Wehrgedanken stellen. Ziel der nationalen Bewegung bedeutet absolute Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Reichswehr wieder ein großes deutsches Volksherr wird. Es ist zu vermehren, daß im Reichsheer Tausende von jungen Menschen vorhanden sind, die die gleichen Gedanken haben. Reichsheer und das deutsche Volk sollen nur verstehen, daß wie wollen; das Reichsheer darf nicht zerlegt werden, es ist Voraussetzung für die deutsche Zukunft. Wenn Internationalismus, Demokratie und Pazifismus dem Volk eingebläut worden sind, wird es auch keine Soldaten mehr geben. Selbstverständlich haben wir den Wunsch, daß sich die Kenntnis dieser Tatsachen auch im Reichsheer durchsetzt. Von den Parteien seien niemals Geisler für derartige Unternehmungen, wie die Angeklagten es vorhatten, gegeben worden.

Vorsitzender: Diese idealen Ziele kann man auch mit verfassungswidrigen Mitteln erlangen. Haben Sie in Ihrem Programm, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch zwischen den Zeilen nie eine solche Möglichkeit offen gelassen?

Hitler: Wäre es möglich, in einer Organisation, die Hunderttausende von Menschen umfaßt, im geheimen andere Ziele zu verfolgen als sie öffentlich bekanntgegeben werden? Die nationalsozialistische Bewegung wird von mir geführt, meine Befehle haben Gültigkeit. Über jedem Befehl steht der Grundsatz, daß er nur dann zur Ausführung kommen darf, wenn er nicht gegen das Gesetz verstößt. Meine politischen Gegner alle und der Staat können meine Reden und Anordnungen jederzeit kontrollieren. Sämtlichen Führern habe ich erklärt, niemals darf ein Geheimnis herausgegeben werden, es sei denn, es handele sich um Dinge, die unseren politischen Gegnern, wie der Roten Front gegenüber, geheimzuhalten sind. Ich habe eine ganze Anzahl, zum Teil alter, verdienter Parteigenossen aus der Bewegung ausgeschlossen, weil sie solche Anordnungen übertreten haben. Wenn in Deutschland noch zwei bis drei Wahlen stattfinden, wird die NSDAP. in der Mehrheit sitzen. Diese Bewegung wird kommen, es sei denn, man rüht dem deutschen Volke seine Lebensmöglichkeit, Deutschland ist durch die Friedensverträge geknebelt. Die gesamte deutsche Geschehnung ist nichts anderes als eine Verankerung der Friedensverträge. Wir aber sehen diese Verträge nicht als ein Gesetz an, sondern als etwas Aufgezwungenes. Wir erkennen unsere Schuld am Krieg nicht an, vor allem nicht für kommende Geschlechter. Wir werden gegen diese Verträge vorgehen, sowohl auf diplomatischem Weg, wie wir auch Stellung gegen sie nehmen werden durch ihre reißlose Umgehung. Das kann vom Angesicht der Welt aus als „illegales Mittel“ angesehen werden, es ist aber erst, wenn die Partei mit legalen Mitteln gesiegt hat. Wenn die Nationalsozialisten siegen würden, dann werde ein Staatsgerichtshof die Novemberverbrechen richten und dann könnten Köpfe in den Sand rollen.

Es wird die Zeit kommen in der man unseren Gedankengang der Nation nicht mehr wird verschweigen können. Ob wir in die Regierung gehen oder ob wir Oppositionspartei bleiben, ist vollkommen gleichgültig. Aus den 107 Mandaten werden 250 werden und wir werden die absolute Mehrheit haben. Meine Gegner haben nur ein Interesse: die Bewegung als staatsfeindlich hinstellen, weil sie leben, daß sie sich auf vollständig legalen Wege den Staat erobert. Das ist die „Umwälzung“.

Das „dritte Reich“

Vorsitzender: Welche Bewandnis hat es mit dem dritten Reich?

Hitler: Die nationalsozialistische Bewegung wird in diesem Staat mit den verfassungsmäßigen Mitteln das Ziel zu erreichen suchen. Die Verfassung schreibt uns nur die Methoden vor, nicht aber das Ziel. Wir werden auf diesem verfassungsmäßigen Weg die ausschlaggebenden Mehrheiten in den gesetzgebenden Körperschaften zu erlangen versuchen, um in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form zu gießen, die unseren Ideen entspricht.

Der Vorsitzende fasste die Aussage Hitlers dahin zusammen, daß die Errichtung des dritten Reichs auf verfassungsmäßigem Weg erstrebt werde.

Hitler wird hierauf die Reichswehr-Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ vom 26. November 1929 vorgehalten, die eine wehrpolitische Rede Hitlers enthält. Er erklärte dazu, die Veröffentlichung sei in dieser Form erfolgt, weil sie die grundsätzliche Stellung der NSDAP. zum Wehrprogramm enthalte. Die Reichswehr sei Exponekt der politischen Parteien. Die politische Mehrheit im Reichstag bestimme und verlege über Geist und Charakter der deutschen Wehrmacht. Sie könne der Wehrmacht die ihr genehme Form geben. Auf den Einwurf des Vorsitzenden, daß der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht habe, erklärte Hitler, dieser Oberbefehl habe nichts zu tun mit dem Geist der Organisation und dem Aufbau des Heers. Wenn beispielsweise im Reichsheer irgend etwas geschieht, was der Regierungsmehrheit nicht paßt, so muß auch der Reichswehrminister oder der Chef der Heeresleitung zurücktreten, ohne daß der Reichspräsident etwas dazu tun kann. Wenn etwa eine sozialdemokratisch-kommunistische Revolution ausbräche, so würde diese Regierung, gestützt auf ihre Mehrheit im Reichstag, das Reichsheer umorganisieren; denn durch die Zweidrittelmehrheit kann sie jede Verfassungsänderung durchsetzen, zumal, da die Mittelbewilligung für das Reichsheer ja durch den Reichstag stattfindet.

Der Vorsitzende erlucht Hitler hierauf um Erklärung des völkischen Gedankens.

Hitler: Der staatspolitische Gedanke der Gegenwart und Vergangenheit geht aus vom Begriff „Staat“. Der Staat ist Zweck an sich, für den völkischen Gedanken aber ist der Staat nur Mittel zum Zweck. Auch ein Heer dient der Erhaltung des Volkstums. Staatsform kann sich ändern, das Volk aber muß in unverändertem Bestand erhalten bleiben.

Zusammenstoß Frank — Zweigert

Der Staatssekretär im Reichsministerium des Innern,

Dr. Zweigert, in den Saal gerufen, erklärt, er sei bereit, das Material des Ministeriums gegen den Nationalsozialismus vorzulegen. Verteidiger Rechtsanwalt Frank II. München: Zweigert könne überhaupt nicht als „Zeuge“ auftreten, weil er nur der beruflich bezahlte Vertreter eines absterbenden Systems sei. (Rüge des Vorsitzenden.) Das „Material“ des Reichsministeriums seien lauter herausgeriffene Zitate aus nationalsozialistischen Reden und Zeitungsartikeln, die stets wie eine Grammophonplatte abgespielt werden. Wenn Zweigert als Zeuge vernommen werde, beantrage er auch die in dem Material genannten Parteiführer als Zeugen zu laden.

Hitler wird verurteilt, Zweigert lehnt Aussagen ab

Nach dem Beschluß des Senats des Reichsgerichts, Adolf Hitler auf seine Aussagen zu verurteilen, weil gesetzliche Gründe für die Nichtverurteilung nicht vorliegen, erklärte Staatssekretär Dr. Zweigert, ihm scheine auf Grund dieses Beschlusses seine Anwesenheit zwecklos zu sein. Zweigert wurde entlassen und verließ mit den übrigen vom Reichsinnenministerium entsandten Beamten den Sitzungssaal.

Beschwerden der Zeugen

Die Zeugen Hauptmann Frank, Hauptmann von Pfeiffer und Leutnant Huchsenberg bringen Beschwerde vor, daß sie, wie alle ihre Kameraden, vom Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Dr. Braune wie Verbrecher behandelt werden. Der Vorsitzende schloß vor, eine große Anzahl von Zeugen zu entlassen. Da die Verteidiger Widerspruch erheben, werden nur die Zeugen Adolf Hitler und Oberleutnant Ribbenrop entlassen. Abends 8.45 Uhr wird die Verhandlung abgebrochen und auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt. Als Hitler das Gerichtsgebäude verließ, wurde er von einer ungeheuren Menge stürmisch begrüßt.

Eine Unternehmung gegen Hitler

Es wird mitgeteilt, daß nach dem Erscheinen der Reichswehrnummer des „Völkischen Beobachters“ (München) eine Anzeige gegen Adolf Hitler wegen Hochverrats eingebracht worden sei. Darauf reichte Hitler einen umfangreichen Schriftsatz ein. Eine Voruntersuchung wurde nicht eingeleitet, es lasse sich, wie Reichsanwalt Nagel den Verteidigern der drei angeklagten Reichswehroffiziere mitteilte, noch nicht sagen, ob überhaupt Anhaltspunkte zu einer gerichtlichen Voruntersuchung vorliegen.

Das weitverbreitete Londoner Wochenblatt „Sunday Express“ kündigt an, daß es am Sonntag einen Artikel aus der Feder Adolf Hitlers veröffentlichen werde. — Hitler scheint in England Mode zu werden.

Fortsetzung der Zeugenvernehmung

Am Freitag wurde zunächst Oberleutnant Winkler vom Artillerieregiment 6, Hannover, vernommen. Der Zeuge schilderte eine Unterhaltung mit Ludin in Hannover am 24. November 1929. Ludin habe sich darüber ausgesprochen, daß verlegt werde, die Reichswehr allmählich zu einer roten Parteigruppe zu machen. In vaterländischen Kreisen überlege man, dieser Wille entgegenzuarbeiten. Es sollte eine enge Fühlungnahme mit den vaterländischen Verbänden und Parteien, vor allem mit den Nationalsozialisten angestrebt werden. Für diesen Gedanken sollten die Offiziere wirken, insbesondere auch in den Unterrichtsstunden. Eine bestimmte Maßnahme sei nicht geplant gewesen. Ludin habe ausdrücklich gesagt, die Reichswehr dürfe nicht wieder, wie im Hitlerputsch, in Gegensatz zu den vaterländischen Verbänden geraten. Von der Möglichkeit eines gewaltigen Sturzes der Regierung sei nicht die Rede gewesen. Die ganze Besprechung habe er nicht als politische Unterredung aufgefaßt, es habe sich lediglich um vaterländisch-ideale Ziele gehandelt.

Oberst Beck, der Regimentskommandeur Ludins, erklärte, Ludin sei durch die unglückliche Beschwerdegeschichte wahrscheinlich davon abgehalten worden, sich mit ihm näher auszusprechen. Mit der unglücklichen Beschwerdegeschichte meint er Scheringers Beschwerde gegen den Befehl des Reichswehrministers Gröner, sich am roten 1. August nicht auf der Straße zu zeigen und in Zivil in die Kasernen zu kommen. Die Beschwerde Scheringers in der Sache sei berechtigt gewesen, aus formellen Gründen habe sie abschlägig beschieden werden müssen, weil der gegebene Befehl des Ministers zu achten war. Er sei der Überzeugung, daß Ludin nichts Staatsverbrecherliches vorgehabt habe.

Es meldet sich sodann der militärische Verteidiger, Hauptmann Weindl, zum Wort und wies darauf hin, daß die bisherigen Vernehmungen sich zum größten Teil auf Kaffinogelächter, teils sogar „in vorgerückter Stimmung“ bezogen hätten, welchem Gesichtspunkt bei der Voruntersuchung nicht genügend Rechnung getragen worden sei. Die Voruntersuchung sei überhaupt mangelhaft geführt worden.

Oberleutnant Winkler erst hat hierzu, daß die bisher genannten drei Punkte: die wehrfeindliche Einstellung der Reichsregierung, der Internationalismus und der Pazifismus, überall Anzusriedenheit ausgelöst haben, und daß man es freudig begrüßt habe, daß sich endlich Leute fanden, die hiergegen angehen wollten. Er erklärte gleichfalls, daß das Wort „Jelensbildung“ ihm vorher vollkommen unbekannt und unersäuflich gewesen und erst in der Voruntersuchung gefallen sei.

Württemberg

Präsident Dr. v. Sting tritt in den Ruhestand

Stuttgart, 26. Sept. Mit dem Ablauf des 30. Septembers dieses Jahres scheidet der bisherige Vorstand der Zentralstelle für die Landwirtschaft, Präsident Dr. von Sting, wegen Erreichung der Altersgrenze in voller körperlicher und geistiger Frische aus dem Amt. Ueber 21 Jahre hat Präsident Dr. von Sting an der Spitze der Zentralstelle für die Landwirtschaft gestanden. Mehr als 14 Jahre war er vorher Berichterstatter für die landwirtschaftlichen Fragen teils im Ministerium des Innern teils bei der Zentralstelle für die Landwirtschaft gewesen und hatte sich großes Vertrauen und allgemeine Wertschätzung in landwirtschaftlichen Kreisen erworben. Erfahrung, feines Verständnis für alle landwirtschaftlichen Belange, unbeirrbares Sachverstand, hohe Blickschärfe und gewinnende Liebenswürdigkeit im persönlichen Verkehr brachte er in sein neues Amt mit. Wenn — um nur einige Gebiete herauszugreifen — das Bodenverbesserungs- und Feldbereinigungsverfahren einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, wenn das Land heute mit einem enghemigen Netz aus eingerichteter Landwirtschaftsschulen überzogen ist, wenn die württembergische Rindviehzucht heute auf einer sehr beachtens-

werten Höhe steht, so muß festgestellt werden, daß die Erhellung dieser für die Landwirtschaft so bedeutungsvollen Fortschritte zu einem großen Teil in die Zeit fällt, während der Präsident Dr. von Sting die Zentralstelle mit sicherer Hand geleitet hat.

Stuttgart, 26. September.

Eröffnung der Altertümerausstellung. Am Samstag, 4. Oktober, wird im Alten Schloß die Altertümerausstellung der Württ. Landesausstellungen neu eröffnet werden. Anschließend findet vom 7. bis 9. Oktober in Stuttgart eine Tagung des Landesamts für Denkmalspflege mit dem Thema „Vor- und Frühgeschichte des Landes“ statt.

Vom Tode. In einem Haus der Eierstraße versuchte sich eine 35 J. alte Frau in der Küche ihrer Wohnung mittels Gas zu vergiften. Der Sauerstoffapparat wurde mit Erfolg angewendet. — Abends brachte sich in seiner Schlafkammer in einem Haus der Traubenstraße ein 17 J. a. Bäckerlehrling in selbstmörderischer Absicht einen Kopfschuß bei. Es besteht Lebensgefahr.

Münster a. N., 26. Sept. Eine Kindesleiche angefaßt. Am Donnerstag wurde am Neudamm beim Städtischen Elektrizitätswerk in Münster die Leiche eines neugeborenen Kindes angefaßt. Die Leiche war ohne jede Umhüllung und hat mindestens 3 Wochen im Wasser gelegen.

Aus dem Lande

Hrönhofen N. Gmünd, 26. Sept. Brand. Gestern nachm. lag ein Scheuer, Stallung und Wohnhaus des Landwirts Bernhard Abele mit der Ernte niedergerannt. Das Vieh konnte mit größter Mühe gerettet werden.

Nordheim, N. Braderheim, 26. Sept. Frecher Hausierer. Am letzten Montag trieb ein Heilbronner Hausierer hier sein Unwesen. Wenn ihn jemand nichts ablaufen, erhob er seinen Stolz und drohte hauptsächlich den Frauen mit Schlägen, bis er an den richtigen Mann kam. Dieser ließ sofort den Schuttmann holen, der den frechen Menschen festnahm.

Lauffen a. N., 26. Sept. Religiöser Wahnsinn oder? Die seit kurzer Zeit in Stuttgart lebende Helmine Flinkspach kam dieser Tage nach Lauffen a. N. und machte laut „Reinlaut“ mit Hilfe eines eigens zu diesem Zweck in Stuttgart engagierten Mannes das Grab ihrer Eltern dem Erdboden gleich. Einfassung, Grabstein, Marmorplatte wurde kurz und klein geschlagen. Sie bearbeitete ihre Tat mit den Worten, der Heiland habe ihr befohlen, der Name Flinkspach müsse von der Welt verschwinden.

Heilbronn, 26. Sept. Erhöhung der Gemeindehiersteuer. Der Gemeinderat beschloß mit 16 bürgerlichen gegen 10 sozialdemokratische und kommunistische Stimmen die Erhöhung der Gemeindehiersteuer im Rahmen der Rotenverordnung. Die Stadtpflege hatte den laufenden Etat auf etwaige Ersparnisse nochmals durchgearbeitet mit dem Ergebnis, daß gegenüber dem Voranschlag beim Fürsorgeetat ein Fehlbetrag von etwa 148 000 Mark bis zum Ende des Rechnungsjahrs zu erwarten ist.

Kostweil, 26. Sept. Einbruch im Pfarrhaus. Mittwoch nacht haben Einbrecher dem ev. Stadtpfarramt einen Besuch abgestattet. Die Täter stiegen durch ein offenes Fenster ein, erdrachen im Arbeitszimmer den Schreibtisch und entwendeten daraus etwa 100 Mark Bargeld sowie vier Dollarnoten. Auch in einigen anliegenden Privaträumen wurden Schränke erbrochen. Mitgenommen wurde ein Anzug und ein Paar Schuhe. Das anstoßende Schlafzimmer des Stadtpfarrers wurde nicht betreten, auch ist von diesem nicht das geringste Geräusch wahrgenommen worden.

Ulm, 26. Sept. Submissionsblüten. Das Kulturbauamt Ulm hatte dieser Tage die Weihungskorrektur bei Steinberg N. Laupheim zu vergeben. Ein Zeichen der Zeit ist der Preisunterschied, der bei den einzelnen Angeboten festzustellen ist. Das billigste Angebot lautete auf rund 18 000 Mk. und das teuerste auf 36 000 Mk. Das billigere Angebot hat ein Maurermeister vom Land und die höheren Angebote alte, auf diesem Gebiet eingearbeitete Geschäfte eingereicht.

Ulm, 26. Sept. Versteigerung. Der Gasthof zum „Greisen“ in der Frauenstraße, der in den letzten Jahren seinen Besitzer offenbar wenig Freude machte, ist wieder einmal versteigert worden. Im Auftrag eines Farmers Krause aus Nordamerika erwarb ein Stuttgarter Interessent das Anwesen zum Preis von 90 000 Mark. Der Schätzwert der Stadt betrug etwa 140 000 Mark.

Neu-Ulm, 26. Sept. Wilddieberei. Schon seit Jahren ist in hiesiger Gegend gewildert worden. Einem Jagdpächter im Bezirk ist es nun gelungen, den Wilddiehler in der Person eines Bauernsohns festzustellen. Dieser hat am Samstag abend 6—7 Uhr einen 32 Pfund schweren Rehbock mit einem Abschraubgewehr geschossen und nach Ulm in eine Wirtschaft verkauft. Der Bock konnte dem Jagdpächter wieder übergeben werden. Der Wilderer sitzt hinter Schloß und Riegel.

Mietterkingen, N. Saulgau, 26. Sept. Ein 82-jähriger Schultheiß. Am 1. Oktober tritt Schultheiß Müller hier in den Ruhestand. Mit ihm scheidet einer der ältesten Ortsvorsteher Württembergs — vielleicht der älteste — aus dem Amt; steht er doch schon im 82. Lebensjahr. Fünfzig Jahre stand er im Dienst der Gemeinde, 15 Jahre als Gemeindepfleger und 35 Jahre als Schultheiß.

Waldee, 26. Sept. Blutvergiftung — Masern. Der etwa 50 Jahre alte Landwirt Anton Oberhofer im nahen Haslanden, der seine Arbeiten meistens darfuß verrichtet, hat sich eine Blutvergiftung zugezogen, so daß ihm der rechte Fuß abgenommen werden mußte. — Im Bezirk haben sich die Masern oder „rote Flecken“ stark verbreitet.

Tellnang, 26. Sept. 1500 Mark Ersparnisse gestohlen. Dem ledigen und alleinstehenden Säger B. Schreimüller in der Hopfenstraße wurden aus der Wohnung rund 1500 Mark, das Ergebnis langer und mühsamer Ersparnisse, gestohlen. Der Verdacht richtet sich gegen eine weibliche Person, die mit den häuslichen Verhältnissen Bekanntschaft wissen soll.

Sigmaringen, 26. Sept. Ernennung Reichsbahndirektor Leibbrand von der Betriebsabteilung des Reichsverkehrsministeriums ist zum Präsidenten der Reichsbahndirektion Essen ernannt worden. Leibbrand ist 1882 in Sigmaringen geboren. Er hat das Güterturnbuch geschaffen, das zum Muster für das internationale Kursbuch wurde.